

27. April

Es war gar nicht so einfach, nach Ulaan Baatar zu kommen.

6 Uhr in der Frühe war als Termin fürs Abholen im Hotel vereinbart, doch 20 nach 6 war immer noch niemand da. Ich rief Sven an; sie steckten im Stau, weil ein Lkw verunglückt war und sich ausnahmsweise stadtauswärts in der Frühe nichts mehr bewegte. Um kurz vor 7 war das Auto da – doch statt die „Landstraße“ zum Flughafen zu nehmen, fuhr der Fahrer zurück zum 5. Ring, und geriet in neue Staus. Um 9 Uhr waren wir dann am Flughafen, 9 Uhr 25 sollte der Flieger gehen, doch er war schon nicht mehr auf der Anzeigetafel. Sven buchte um auf die Mongolian Airlines, die eine Stunde später flog – unter normalen Umständen hätte man sie gleich nehmen können und damit eine Stunde mehr Schlaf möglich gemacht. Die Air China ist aber – wie ich später erfahre – etwas billiger, und deshalb verlangt es das Interesse des deutschen Steuerzahlers, dass man eben früher aufsteht.

Die Mongolen sind ersichtlich nicht nur des Reitens, sondern auch des Fliegens kundig; jedenfalls kamen wir fast pünktlich gut zwei Stunden nach Abflug in Beijing in Ulaan Baatar an, das man sonst unter dem Namen Ulan Bator kennt.

Im Flugzeug bekam ich von Sven ein wenig Informationen über das Land. Rund 3 Mio. Einwohner, Fläche des Landes ungefähr wie Frankreich und die iberische Halbinsel zusammen. Eigene Sprache, ob mit andern verwandt, ist unklar, kyrillische Schrift. Sehr viele Bodenschätze, die man auszubeuten beginnt, was der Hauptstadt den Spitznamen „Ulan Katar“ eingebracht hat. Kohlevorkommen, daneben Kupfer (wohl die größten Vorräte der Welt, größer als in Chile), seltene Erden, Gold, Uran. Bis zu 20 % jährlicher Zuwachs des Sozialprodukts werden für die kommenden Jahre vorausgesagt. Die Ausbeutungsrechte liegen bei Rio Tinto und bei einer kanadischen Firma, mit weiteren wird verhandelt. Seit 1990 ist der Zusatz „Volks“ aus der „Republik“ gestrichen, die alte Revolutionäre Volkspartei hat verschiedene Male die Wahlen gewonnen, im Moment regiert eine Große Koalition aus dieser und der Demokratischen Partei, die Opposition hat ganze drei Sitze im Parlament – Folge des Mehrheitswahlrechts.

Nach der Ankunft Fahrt zum Mittagessen mit dem deutschen Botschafter. Pius Fischer wartet auf uns im „Bistrot Francais“, die Schreibweise ist etwas eigenartig, das Essen schmackhaft. Er ist ein nicht unsympathischer Bayer, kennt das Land sehr gut und kümmert sich insbesondere auch um die deutschen Bergbauinteressen. Es gibt ein Konsortium für den

geplanten Kupferabbau, an dem auch Thyssen-Krupp beteiligt ist, außerdem eine Gruppe von Banken unter der Führung der Deutschen Bank, die Finanzierungsaufgaben übernimmt. Die Mongolen fürchten ein wenig die nahen Chinesen und haben deshalb die fernen Deutschen ganz gern im Lande. Unser Gespräch konzentriert sich automatisch auf die deutsche Präsenz – wie als ob sie besser wäre als die der Kanadier oder Australier. Immerhin hatte es mal im Straßenbau eine Intervention des Bildungsministers bei seinem Straßenbauerkollegen gegeben, weil deutsche Firmen doch ihre relativ guten Arbeitsbeziehungen mitbringen würden. Wer wohl die Verträge aushandelt? Da sei die Weltbank schon seit langem im Geschäft; unwahrscheinlich, dass es da zu einem wirklichen Technologietransfer kommt. Die ausländischen Firmen müssen im Land mindestens 60 % Einheimische beschäftigen. Rio Tinto hat deshalb 300 Straßenreiniger eingestellt und sie weiter die Straßen reinigen lassen, weil sich nicht genügend Bergarbeiter finden ließen. Die Berufsausbildung und die Weiterbildung liegen am Boden; zu alten Zeiten wurde da sehr viel mehr gemacht. Es gibt im Übrigen über 20.000 Mongolen, die Deutsch sprechen, weil sie in der DDR studiert haben. Heute ist das Studium in Deutschland etwas teuer.

Nach dem Mittagessen geht's zur Besichtigung der Gobi-Werke am Stadtrand. Sie stellen Kashmir-Produkte her, 1200 Arbeitskräfte sind dort beschäftigt, auch haben sie eine Gewerkschaft. Die Maschinen sind ein bis zwei Jahre alt, wenig Menschen in den Hallen, nur im Nähssaal sitzt eine Frau neben der andern (und ein einziger Mann) und konzentrieren sich ungemein stark auf ihre Arbeit. Frauen können so was ersichtlich besser als Männer, auch bei uns war das in der Textilindustrie so. Das Unternehmen ist 2007 privatisiert worden – ein Mongole ist Mehrheitseigner (er hatte dem deutschen Botschafter kurz die Hand geschüttelt, als wir im Bistrot Francais saßen), außerdem sind mit 20 % Japaner beteiligt, die auch einen Teil der Maschinen geliefert haben. Heute produziert man für den Export, man kommt kaum mit der Produktion nach. Warum konnte nicht auch ein staatlicher Direktor die Japaner holen und das ganze Ding modernisieren? Darauf bekommt man nie eine einleuchtende Antwort, der Staat könne halt so was nicht. Ich denke an die 100 % staatliche Bremer Landesbank, die die ganzen Dummheiten der Geschäftsbanken vermieden hat und der es immer noch prima geht. Im Fabrikverkauf erstehe ich einen Mantel, weil ich keinen dabei habe und für die nächsten Tage null Grad angesagt sind.

Nächste Station ist der Gewerkschaftsvorsitzende Ganbaatar. Das Gewerkschaftshaus liegt am zentralen Platz der Stadt, wo sich auch der Regierungssitz (mit einem großen Denkmal für

Dschingis Khan davor), das Rathaus, die Oper und das Kulturhaus befinden. Er ist ein schlanker, hoch gewachsener Zeitgenosse, zunächst recht zurückhaltend. Man wolle ein besseres Arbeitsrecht und man sei deshalb sehr an der Unterstützung durch die Ebert-Stiftung interessiert. Man sitze in einer Kommission zusammen mit den Arbeitgebern, der Regierung und weiteren Institutionen, doch seien die Positionen sehr unterschiedliche. Die Arbeitgeber wollten mehr Flexibilisierung, insbesondere in der Arbeitszeit, damit mehr Investoren kommen, das sei aber für die Gewerkschaft nicht akzeptabel; die aktuelle Form des Arbeitnehmerschutzes müsse auf alle Fälle erhalten werden.

Wie kann man aus diesem Patt herauskommen? Ich versuche zwei Modelle zu entwickeln. Eine Gewerkschaft könne Druck ausüben, durch Öffentlichkeitsarbeit mit den Medien, durch Demos und vielleicht auch mal durch Streiks. Wenn das nicht funktioniere, sei man nur auf Argumente beschränkt. Da sei es wichtig zu wissen, dass ein guter Arbeitnehmerschutz die Produktivität erhöhe und so auch dem Arbeitgeber nütze. Der Gewerkschaftsvorsitzende nimmt diesen hier eher ungewöhnlichen Gedanken zustimmend zur Kenntnis. Ich versuche ihn durch einige Beispiele wie Aus- und Weiterbildung zu untermauern. Durchaus Zustimmung, eigentlich erstaunlich für einen traditionellen Gewerkschafter der alten sowjetischen Schule. Später erfahre ich dann, dass er aus der sog. Demokratiebewegung kommt und sich mal in einer kritischen Situation als Hunger Streikender auf den Großen Platz gesetzt hatte und verlangte, dass die Regierung mit ihm verhandelt; nach vier Tagen wurde dann dieser Wunsch erfüllt. Solche Leute denken ja etwas unorthodoxer, sofern sie nicht von den Amis gekauft wurden. Seine Nicht-Reaktion auf das „Gegenmachtmodell“ erklärte sich wohl damit, dass ihm dieses durchaus bewusst war.

Vierte Station unseres ersten Tages war das Abendessen im 18. Stock eines Hochhauses nahe dem Großen Platz; „Monet“ hieß das Restaurant, offensichtlich hat's auch Franzosen immer wieder hierher verschlagen. Wir warten auf den Chef der mongolisch-russischen Eisenbahn, der früher stellvertretender Finanzminister war – also ein führender Vertreter des Managements. Er kommt etwa eine Stunde später als vereinbart – ersichtlich hatte er noch Arbeit zu erledigen. Das Hochhaus, in dem wir saßen, sei von chinesischen Arbeitern erbaut worden. Die hätten ganz anders gearbeitet als die Mongolen, auch am Wochenende und spät abends, die Mongolen würden sich immer nur an die sehr viel restriktiveren Bestimmungen halten. Ich meinte, das sei eine Folge des „Gastarbeiterdaseins“, man habe keine Familie vor Ort und auch keine vernünftigen und erschwinglichen Möglichkeiten für die Freizeit – also

hätte man nichts gegen zusätzliche Überstunden und die damit verbundene Bezahlung. Einige Zeit später erzählt er dann selbst, dass viele Mongolen in Südkorea seien und dort besser und länger als die Südkoreaner arbeiten würden.

Später erzähle ich ihm gleichfalls meine These, ein gutes Arbeitsrecht trage zur Produktivität bei und untermale dies mit einer Wiedergabe der Ergebnisse einer Studie, die das Dubliner EG-Institut mal im Hinblick auf die Beteiligung der Beschäftigten („gutes Arbeitsrecht“) bei der Einführung von Informationstechnologien erstellt hatte. Ihm ist das neu und er findet es ersichtlich sehr interessant.

Die Russen als seine Joint-Venture-Partner beunruhigen ihn. Wenn sich beide Seiten nicht einig sind, fährt im Prinzip in der ganzen Mongolei kein Zug mehr. Die Russen verpflichten ihre mongolischen Freunde, sich ausschließlich der russischen Technologie zu bedienen. Das bedeutet keinen Fortschritt; er möchte die heutige „Wandergeschwindigkeit“ seiner Züge von 70 kmh auf 150 kmh erhöhen, was aber mit der russischen Technologie nicht zu schaffen ist. Auch ist die Bahn von zentraler Bedeutung, wenn man irgendwelche wichtigen Erze oder große Mengen Kohlen irgendwo in der Wüste Gobi fördert. Er ist dabei, sich mit der Deutschen Bahn zu verbünden und diese zu veranlassen, auf die Russen Druck auszuüben – ein nicht ganz einfaches Unterfangen.

Er kam später und geht früher, weil er noch arbeiten muss. Auch so was gibt es in der Mongolei. Ein bisschen haben wir auch noch Russisch geredet, es hat ganz gut geklappt.

28. April

Unser erster Termin ist ein Gespräch mit dem stellvertretenden Arbeitsminister. Wir wollen wissen, weshalb das geltende Arbeitsgesetz von 1999 grundlegend erneuert werden soll. Er meint, es sei im geltenden Recht noch viel zu viel aus der Vergangenheit von vor 1990 enthalten, man müsse sich modernisieren. Es gebe im Moment drei Arbeitsgruppen. Die vom Ministerium geleitete befasse sich mit neuen Grundstrukturen, doch sei man noch nicht zu Übereinstimmungen gekommen. Eine andere befasse sich mit Fragen der Implementation und die dritte mit dem öffentlichen Dienst.

Auch hier Diskussion über den möglichen Charakter arbeitsrechtlicher Normen; durchaus Interesse für meine Thesen. Kritische Rückfrage, ob eigentlich das, was in einer Gesellschaft

mit 80 Mio. gelte, in eine Gesellschaft mit 3 Mio. übertragbar sei. Ich meine ja, es gibt gemeinsame Probleme für die abhängige Arbeit in der Marktwirtschaft.

Anschließend muss ich vor einer Arbeitsgruppe von ca. 12 Leuten aus dem Ministerium nicht etwa wie im Programm ausgedrückt über die "rechtlichen Grundlagen der Tarifpolitik in Deutschland" referieren. Vielmehr wollen sie einen Vortrag über „Arbeitsbewertung“ hören, also etwas über die Kriterien erfahren, nach denen man in Deutschland eingruppiert wird. Es geht um formale Qualifikation, Berufserfahrung, Belastung und soziale Komponenten; was davon im Einzelfall eingreife, würden die Tarifparteien entscheiden. Das ist für sie schwer nachvollziehbar; ob man denn die Kriterien nicht hoheitlich festlegen könne. Wenn die Verfassung das zulasse, könne man es schon tun, meine ich. Sie haben sehr eifrig mitgeschrieben, aber ich glaube nicht so recht, dass sie sich wirklich darauf einlassen. Einige Fragen, besonders auf den öffentlichen Dienst bezogen. Die „Dienstpostenbewertung“ gehört zu den grausamsten Materien im Arbeits- und Beamtenrecht, aber ich lasse es mir nicht anmerken.

Das Mittagessen findet in einem kleinen mongolischen Restaurant statt. Wir treffen uns mit den drei Mitgliedern des „Menschenrechtsrates“, den es seit einiger Zeit gibt. Jeder Bürger kann sich an ihn wenden, wenn er sich in seinen Grundrechten beeinträchtigt fühlt. Der Ausschuss wird dann den fraglichen Behörden gegenüber aktiv; in einigen Fällen hat er auch schon was erreicht. Wie es mit dem Schutz der Menschenrechte gegenüber privater Macht, z. B. gegenüber einem Arbeitgeber stehe, will ich wissen. Dass es ein Grundrechtsproblem sein könne, wenn jemand von einem privaten Arbeitgeber gekündigt werde, weil er eine bestimmte diesem nicht zusagende Meinung vertreten habe, ist ihnen relativ neu; das sei „sehr schwierig“. Einen Fall dieser Art hatten sie bisher nicht gehabt. Inhaltlich sind sie eine Art Petitionsausschuss; das letzte Wort liege immer bei den Gerichten.

Vorsitzender ist der ehemalige Präsident des Verfassungsgerichts. Dieses ist derzeit nicht funktionsfähig, weil die Wahlperiode von vier Richtern ausgelaufen ist und noch keine Nachfolger bestellt wurden. Auch für das Präsidentenamt hat man noch niemanden gefunden, so dass nur ganze vier Richter übrigbleiben. Zur Beschlussfähigkeit müssen aber mindestens 5 Richter da sein. Hintergrund: Als sich die „Revolutionäre Volkspartei“ in „Volkspartei“ umbenannt hatte, waren damit einige Leute nicht einverstanden. Unter Beteiligung des Vorgängers des jetzigen Staatspräsidenten wollten sie nun die „Revolutionäre Volkspartei“ neu gründen. Dies war aber nicht möglich, weil ein Gesetz sagt, dass nach Auflösung oder

Namensänderung einer Partei 24 Jahre lang keine neue Partei unter diesem Namen antreten darf. Dieses Gesetz ist mit hinreichender Sicherheit verfassungswidrig. Um eine entsprechende Entscheidung des Verfassungsgerichts vor den Neuwahlen 2012 zu vermeiden, hat man es eben erst mal funktionsunfähig gemacht. Bei uns sei dies im Übrigen so, sage ich, dass dann, wenn kein neuer Richter gewählt werde, einfach der alte weiter amtiert würde. Ja, das sei bei ihnen genauso, war die überraschende Antwort, aber die vier Richter, deren Wahlperiode ausgelaufen sei, würden sich unbeliebt machen, wenn sie nun entscheiden würden; das mache ihre Chance auf Wiederbestellung zunichte. Also tun sie eben gar nichts. Die richterliche Unabhängigkeit hat manchmal so ihre Tücken. Auf dem Großen Platz befinden sich übrigens mehrere Jurten, in denen für die Zulassung der Revolutionären Volkspartei geworben wird. Auch erlebten wir gestern eine Demonstration mit ca. 200 Teilnehmern, die dasselbe forderten. Unser Gesprächspartner beim Mittagessen, der bisherige Präsident des Verfassungsgerichts, spricht von einem „schmutzigen politischen Geschäft“; man wird ihm schwerlich widersprechen können.

Nach dem Mittagessen fahren wir zur Ebert-Stiftung, die im Haus des Roten Kreuzes ganz gut untergebracht ist. Dort treffen wir uns mit den drei wichtigsten Arbeitsrechtlern des Landes. Sven stellt mich als den „führenden Arbeitsrechtler Deutschlands“ vor; ich sage deutlich, dass er übertreibe, denn sonst haben die drei allzu viel Respekt und diskutieren nicht mehr offen. Als erster redet der Kollege, der auch am ältesten ist. Er hat ein zerfurchtes Gesicht und erinnert an einen Hirten, der bei Wind und Wetter draußen ist und auf die Herden aufpasst. Das Gesetz von 1999 werde nicht ausreichend umgesetzt, auch müsse es modernisiert werden. Zunächst müsse man sich aber über die Grundkonzeption klar werden; das sei bisher nicht geschehen. Seine Kollegin sieht dies genauso; sie kommt von der „Managementakademie“, der früheren Parteihochschule. Insbesondere sei die Frage noch nicht geklärt, ob es ein einheitliches Gesetz geben solle oder ob eine Mehrzahl von Gesetzen vorzuziehen sei. Ich erzähle von der ähnlichen Diskussion in Vietnam und unterstütze beide in ihrer angedeuteten Stellungnahme, dass eine Vielzahl von Gesetzen besser sei. Wichtig sei aber, was man inhaltlich wolle, wie der Schutz der Arbeitnehmer zu bewerkstelligen sei.

Die spontane Reaktion ist abweisend. Wie lange man denn überhaupt reden wolle, wurde gefragt, ein wenig mit dem Unterton, dass es eigentlich jetzt genug sei. Zwei Stunden sind vorgesehen, und die sind noch längst nicht rum. Sie bleiben da, wohl weil sie die Ebert-Stiftung nicht vor den Kopf stoßen wollen. Die Kollegin meint, die Gewerkschaften seien schwach, der Staat traue sich nicht, für die Durchsetzung der Rechtsnormen zu sorgen; deshalb brauche man ein neues Gesetz. Dass man Machtverhältnisse – sollten sie so beschaffen sein wie beschrieben – nicht durch Gesetz ändern kann, und dass man ein besseres Gesetz unter solchen Umständen gar nicht bekommt, ist ihr nicht nachvollziehbar. Sven fragt sie, wie sie sich die heutige „Normalität“, gewissermaßen das Durchschnittsarbeitsverhältnis vorstelle und was ihre Konzeption für ein besseres, vielleicht sogar ein „ideales“ Arbeitsverhältnis sei. Die Antwort: Es gebe nicht genügend Studien, und die bestehenden seien schlecht; so habe jemand aus dem Ministerium über 45 Seiten hinweg nur von ihr abgeschrieben. Keine Vorstellung über eine bessere Situation, nur der Hinweis, die Menschen müssten besser über ihre Rechte aufgeklärt werden. Dann würden sie sich auch eher zur Wehr setzen. Ein bisschen sind sie wohl selbst schuld, dass es ihnen nicht gut geht. Was sie denn vom Streikrecht halten würden, wollte ich wissen. Bisher muss man erst ein umständliches Verfahren durchlaufen, bevor man es ausüben kann. Sie ist gegen das Verfahren, aber man könne auch nicht darauf verzichten. Der Streik müsse sich nicht notwendig auf einen Kollektivvertrag beziehen; also spontane Arbeitsniederlegung? Nein, das ginge zu weit. Die Denkweise ist die alte sowjetische. Man konzentriert sich auf formale Fragen, insbesondere auf das Problem eines einheitlichen Gesetzes und die Information der Bürger über ihre Rechte. Dass das Recht Ausdruck von Machtverhältnissen sein könnte, welche Mittel nötig sind, um die Unterlegenheit des Arbeitnehmers geringer zu machen, das sind keine wichtigen Fragen. Für Marx wären das Banalitäten; die traditionelle Denkweise hat sie den Leuten ausgetrieben, genau dasselbe habe ich Mitte der neunziger Jahre bei einer Bremer

Tagung erlebt, als wir gut 15 Professoren aus den Nachfolgestaaten der SU eingeladen hatten und über einen Musterentwurf für ein Arbeitsgesetzbuch diskutierten. Ich versuche, meine Wut hinunterzuschlucken. Dieses ignorante Professoren-Volk hat aus einer großen Perspektive eine hässliche kleine Münze gemacht, und man kann sie nicht mal dafür bestrafen. Die dritte im Bunde, eine Kollegin so Anfang 40, als Dozentin an der staatlichen Uni tätig, sagt zu allem gar nichts; es ist nicht rauszukriegen, was sie denkt. Der Chef der Eisenbahn hatte gestern Abend gesagt, die Arbeitsrechtsprofessoren seien noch dem sowjetischen Denken verhaftet. Was das methodische Vorgehen, das Ausblenden von Realität angeht, hatte er da völlig Recht. Aber natürlich würden sie sich nicht trauen, etwa für das Recht auf Arbeit zu plädieren; Gefühl für Machtverhältnisse haben sie allemal.

Am Ende bittet der alte „Hirte“ darum, doch die Wissenschaftler in die Reformarbeit einzubeziehen; das Ministerium wolle nichts von ihnen wissen. Sie hoffen auf gute Zusammenarbeit mit der Ebert-Stiftung. Wenig wahrscheinlich, dass daraus was wird.

Am Abend treffen wir Frau Udval, die Vizejustizministerin, im Restaurant „Taj Mahal“, das sich im Gebäude unseres Hotels „Ulaan Baatar“ befindet. Es soll sehr bekannt sein für seine hervorragende indische Küche, aber zwei der drei Tübinger „Inder“ sind ersichtlich besser. Frau Udval ist am Arbeitsrecht interessiert; es komme auch die Bildung einer gemeinsamen Kommission mit dem Arbeitsministerium in Betracht. Irgendwie scheint es nicht unbedingt „federführende“ Ministerien zu geben. Sie sei im Moment mit dem Wertpapiergesetz befasst, das dringend verabschiedet werden müsse. Ein staatliches Bergbauunternehmen gibt 10 % aller Aktien an das Volk aus, unentgeltlich, jeder Staatsangehörige partizipiert. Hier stellen sich einige Fragen: Wie verhindert man, dass alle gleichzeitig ihre Papiere verkaufen und so der Kurs ins Bodenlose stürzt? Gibt es wie bei uns eine Mindesthaltefrist? Das sagt ihr alles relativ wenig, sie scheint in den Sachen selbst wenig drinzustecken.



Auch das Zivilrecht soll reformiert werden. Ich weiß von Knieper, dass man bei der Neufassung 2002 die zweitletzte Fassung der Schuldrechtsmodernisierung zugrunde gelegt hat; Knieper hatte halt die letzte noch nicht. Ich mache aber keine Bemerkungen über die Rolle des Zufalls im Recht und will nur wissen, um was es bei der Zivilrechtsreform gehe. Nur einige mehr technische Veränderungen, war die Antwort. 2003 hatte es im Übrigen eine Reise etlicher mongolischer Juristen nach Bremen gegeben, die sich bei Heinrichs und mir in die Kunst des Kommentare Schreibens einführen ließen. Ich hatte in Erinnerung, dass die damalige Präsidentin des Obersten Gerichts gegen Ende des Aufenthalts meinte, so was tue man sich nicht an, doch es kam anders: Da die GTZ das Kommentarprojekt finanzierte, machten sich einige ans Schreiben und den Kommentar gibt's heute wirklich.

Frau Udval ist sehr an einer Zusammenarbeit mit der Ebert-Stiftung interessiert, gerade auch im Arbeitsrecht. Das ließe sich sicher machen; der DGB würde sich freuen, wenn die unter seinem Dach entwickelten Vorstellungen wenigstens in der Mongolei realisiert würden. Am Ende rede ich noch etwas Russisch mit Frau Udval, sie freut sich und taut richtig auf. Ja, in Irkutsk habe sie studiert und ihren Abschluss gemacht, am schönen Baikalsee. Plötzlich hat man den Eindruck, dass diese Welt wieder auferstanden sei. Wenn man dazugehören will, muss man Russisch reden, so war's manchmal in der DDR und sicherlich auch hier.

29.April

Am Morgen schaut man auf schneebedeckte Berge; auch vor dem Hotel liegt etwas Schnee. Über Nacht ist die Temperatur von 21 Grad auf den Gefrierpunkt gefallen, die im Internet gefundene Wetterprognose erweist sich als zutreffend. Der Kaschmir-Mantel bei Gobi tut nun gute Dienste.

Heute haben wir den ganzen Tag Seminar mit dem Gewerkschaftsbund, der eigentliche Anlass der Reise. Es sind etwa 40 Leute anwesend, zum Teil Juristen aus den „Rechtszentren“ der Gewerkschaften (die auch für Nichtmitglieder da sind), zum Teil Gewerkschaftsfunktionäre. Die Rechtszentren in der Provinz belegen, dass das Arbeitsrecht auch in der Wüste angekommen ist.

Zunächst kommen die Eröffnungsansprachen von Ganbaatar und Sven, dann bin ich mit einem Referat über die Reform der Arbeitsgesetzgebung dran. Ich betone mal wieder, dass das Arbeitsrecht nicht nur ein Kostenfaktor ist, sondern ggf. auch die Produktivität steigert. Ich greife drei wichtige Problemkomplexe auf: Das Arbeitsrecht muss sämtliche Formen abhängiger Arbeit ohne Rücksicht auf die Natur des geschlossenen Vertrages erfassen, der Kündigungsschutz muss stärker und konkreter werden, und die Kontrollinstanzen, die für die Beachtung des Arbeitsrechts sorgen müssen, müssen unabhängig und so konstruiert sein, dass Korruption nach Möglichkeit vermieden wird. Ich führe dies konkret aus, was erhebliches Interesse findet.

Das Seminar teilt sich dann in vier Arbeitsgruppen auf, die eine Stunde lang über Forderungen für ein neues Arbeitsrecht diskutieren. Darüber wird anschließend im Plenum berichtet. Es kommt unheimlich viel auf den Tisch – meist als Reaktion auf konkrete Konstellationen, mit denen man in der Praxis konfrontiert war. Wie wird ein Arbeitnehmer behandelt, der seinen Kündigungsschutzprozess gewonnen hat? Der Annahmeverzugslohn scheint nicht bekannt zu sein, man streitet sich über den Umfang des Schadensersatzes. Immer wieder tauchen die Schlichtungsausschüsse auf, die nach Regionen und Branchen gegliedert sein sollen und von denen man sich eine rasche Erledigung der Rechtsstreitigkeiten verspricht. Gerichtliche Urteile werden oft nicht befolgt; man verlangt deshalb strafrechtliche

Sanktionen. Neben den Arbeitsinspektoren soll eine weitere unabhängige Instanz geschaffen werden. Für Streitigkeiten aus dem öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft soll dieselbe Gerichtsbarkeit zuständig sein. Die Gewerkschaft soll einen Anspruch gegenüber dem Arbeitgeber bekommen, über dessen wirtschaftliche Lage wahrheitsgemäß informiert zu werden.

Ich nehme dann zu den meisten dieser Vorschläge Stellung, sehr positiv, im Vergleich zu den Professoren ist das alles viel einleuchtender. Natürlich fehlt auch hier eine zugrunde gelegte Konzeption, doch die müssen ggf. eben wir liefern.

Nach dem Mittagessen (Wiener Schnitzel auf mongolische Art – sehr schmackhaft) wird Dasselbe mit dem Thema „Verbesserung der Rechtsschutzarbeit“ gemacht. Für die mongolische Seite referiert eine Kollegin, die nicht nur ersichtlich schwanger ist, sondern die – wie einem gleich mitgeteilt wird – sogar Zwillinge kriegt. Ich referiere über die deutschen Erfahrungen mit dem gewerkschaftlichen Rechtsschutz, dass man mindestens drei Monate Mitglied sein muss, um Beratung zu bekommen, und dass manche dann rückwirkend beitreten. Der Wink mit dem Zaunpfahl wird aber nicht aufgegriffen. Ein paar Worte auch über die „Rechtsschutzzentren“ in Vietnam, die weitgehend von der IG Metall eingerichtet wurden. Ich schildere auch ein wenig das Angebot des gewerkschaftseigenen Bund-Verlages. Besonders hübsch finden sie die Musterbriefe, die je nach Situation freundlich, unterkühlt oder unverschämt abgefasst sind. Das wäre ein guter Exportartikel.

Dann wieder Arbeitsgruppen. Wir gehen in dieser Zeit ein wenig durch die Stadt, irgendwie assoziiert man wegen des Baustils und der Schlaglöcher auf den Straßen die alte sozialistische Welt, stärker als dies etwa in Sofia oder in Warschau der Fall ist. Wir setzen uns ins Café

„Amsterdam“, ganz gemütlich, viel junges Publikum, Wifi unentgeltlich. Zurück sind wir eine Viertelstunde zu spät, ich entschuldige uns auf Russisch, sie sind nicht böse.

Viele Vorstellungen zur Verbesserung des Rechtsschutzes, auch die These, was man denn dagegen machen könne, dass die Arbeitgeber immer die besseren Juristen hätten. Ich verweise auf die Handhabung der Gebühren bei uns, wo eben der Arbeitnehmeranwalt seine gesetzlichen Gebühren, der Arbeitgeberanwalt jedoch sein Stundenhonorar von mindestens 300 Euro bekommt. Klar, wo sich ein marktwirtschaftlich denkender Mensch hier hin orientiert. Wir hätten allerdings die 68-er Generation, jetzt schon ziemlich alt, die anders denke und denen es um die Sache und nicht primär ums Geld gehe. Sie finden das gut, aber ihre positive Sicht der Marktwirtschaft erschüttert es wohl nicht wirklich.

Interessant der Diskriminierungsfall: Mongolische Bergbauingenieure würden nur ein Viertel des Gehalts der ausländischen Ingenieure bekommen – und das bei gleicher Funktion. Soweit sie beim selben Arbeitgeber angestellt sind, ein klarer Fall der ethnischen Diskriminierung, die das ILO-Übereinkommen Nr. 111 verbietet. Dieses ist nach der mongolischen Verfassung genau wie andere völkerrechtliche Verträge unmittelbar für und gegen den Bürger anwendbar. Eigentlich eine feine Sache, aber der betroffene Ingenieur bei einer kanadischen Firma traue sich nicht, einen Prozess anzustrengen, er fürchte um seinen Arbeitsplatz. Diskussion über die Einschaltung des Ausschusses für Menschenrechte, daneben verweist Sven auf die Gewerkschaftsinternationale der Bergarbeiter, die sich hier engagieren würde. Man kommt sich bei derlei Rechtsberatung fast schon wie zu Hause vor.

Sven entwickelt in einem längeren Beitrag drei Optionen. Man könne einmal das geltende Recht besser umsetzen oder – zum zweiten – einen Gesetzentwurf für ein neues Arbeitsrecht machen oder – drittens – Gegenmacht entwickeln, was im Rahmen des öffentlichen Diskurses, aber auch durch internationale Solidarität und durch Mobilisierung der Mitglieder

möglich wäre. Das findet Zustimmung. Insbesondere gewinnt man den Eindruck, dass sie zu gegebener Zeit sehr an einem Entwurf interessiert sind, weil der Vorsitzende immer wieder betont, man habe nur in der argumentativen Auseinandersetzung eine Chance.

Abends dann Essen auf Einladung des Gewerkschaftsvorsitzenden in einem großen mongolischen Restaurant, viel geschmackvolles Fleisch und gutes einheimisches Bier. Auch der Vorsitzende des Arbeitgeberverbands ist gekommen, er heißt ebenfalls „Ganbaatar“. Ich erfahre, dass es sich dabei um den Vornamen handelt, der in der Mongolei alleine benutzt wird. Einen Familiennamen hat man auch, aber er ist nur für den Pass und die Behörden. Der Arbeitgeber-Ganbaatar ist ganz freundlich, versteht sich sehr gut mit seinem gewerkschaftlichen Namensvetter. Gewissermaßen zwei alte Kumpel. Ich kriege raus, dass auch die ausländischen Investoren im Arbeitgeberverband sind (in Vietnam ist es anders); konkrete Vorstellungen über die Arbeitsrechtsreform scheinen auch hier nicht vorhanden zu sein. Wir reden Russisch, genauer: er redet Russisch auf mongolische Art, schrecklich verwaschen, ich verstehe nur wenig und lasse ihn halt erzählen. Die beiden großen Nachbarn mag er nicht besonders, die Russen genauso wenig wie die Chinesen; die deutsche Industrie wird's freuen.

Der Arbeitstag hat von morgens halb neun bis abends um zehn gedauert, der Kampf um den Zehnstundentag ist noch nicht gewonnen. Im Hotel noch etwas ins Internet geguckt und E-Mails gelesen; die Verbindung ist sehr viel besser als von China aus.

30. April

Um 9 Uhr ist Frühstück und Abschlussbesprechung mit den beiden Ortskräften der Ebert-Stiftung. Sie sind beide kooperativ und intelligent, die jüngere sieht die politische Welt ganz ähnlich wie ich. Sven hat sie eingestellt, während die ältere seit Hans Schumacher bei der Stiftung ist. Es ist auffallend, wie intensiv die Arbeit der Ebert-Stiftung bei allen Gesprächspartnern gelobt wurde. Ich betone das ausdrücklich; in der Tat wird an anderen Orten nicht so viel Anerkennung verteilt. Ich kenne ja einige von diesen Orten (mit Ausnahme von Afrika) und kann Vergleiche ziehen. Bei anderer Gelegenheit hatte mich Sven deshalb als arbeitsrechtlichen Nomaden vorgestellt, was so ganz falsch nicht ist: Man bleibt ja nicht überall, es gibt gute und schlechte Rastplätze und solche, die man immer meidet. Wenn nicht alles täuscht, bin ich nicht zum letzten Mal hier gewesen.

Das Wetter ist ähnlich winterlich wie Tags zuvor. Es lässt sich auch durch einen Anruf in Beijing nicht rauskriegen, ob unsere Air China Maschine pünktlich abfliegt oder nicht. Als wir zum Flughafen kommen, ist eine Verspätung von drei Stunden angezeigt. Außerdem fliegt noch eine Maschine, die gestern ausgefallen ist. Wir bleiben da, weil das Einchecken bald beginnt. Das war auch gut so, denn wir waren scheinbar nicht im System, weil man beide Namen zusammen eingegeben hatte und natürlich niemand auf die Idee kam, nach einem Menschen namens Däubler-Schwersensky zu suchen. Schließlich war es geklärt und wir bekamen eine Bordkarte. Unproblematischer Flug. Bei der Landung setzte der Pilot aber drei Mal auf - gewissermaßen eine Art Dreisprung mit dem Flugzeug. Wenn was passiert wäre, hätten die Zeitungen berichtet, es seien nur zwei Deutsche unter den Opfern gewesen, sonst nur Mongolen und Chinesen, also alles halb so schlimm.